

Liebe Friedensfreundinnen und –freunde,

der Newsletter steht ganz im Zeichen verschiedener Veranstaltungen, die sich mit Militarismus in der Gesellschaft beschäftigen. Die neu eröffnete Ausstellung von Krieg zu Krieg wird von einer Veranstaltungsreihe begleitet, die Oktoberveranstaltungen werden hier näher vorgestellt. Alle Veranstaltungen finden sich unter <http://www.ak-regionalgeschichte.de>

Außerdem in dieser Ausgabe ein Blick auf den Fliegerhorst Wunstorf und den A400M und eine Rückschau auf den 01. September.

Themen:

- Rückblick - Antikriegstag 2013
- Ausstellung von Krieg zu Krieg eröffnet
- Veranstaltung: Die Pöhlands im Krieg
- Veranstaltung: „Besonders stark brennt das Judenviertel ...“
- Lesung und Diskussion mit Jürgen Grässlin: "Schwarzbuch Waffenhandel: Wie Deutschland am Krieg verdient"
- Drehscheibe fürs Militär
- Strafanzeige für Aufkleber und „Ortsbeleidigung“

Ralf Buchterkirchen
für das Friedensbüro und DFG-VK Hannover

Termine

01.10.2013 19:00 Friedenspol.Arbeitskreis, Kargah
Planung Erinnerung 100 Jahre 1.WK 2014

13.10.2013, 11 Uhr Ver.di-Höfe
Die Pöhlands im Krieg

23.10.2013, 19 Uhr Ver.di-Höfe,
„Besonders stark brennt das Judenviertel ...“

31. 10.2013 um 19:30 Uhr Ver.di-Höfe
Schwarzbuch Waffenhandel

Hannover - Antikriegstag 2013 – Ein kurzer Bericht

Eigentlich hatten wir Aktive im Friedensbüro Hannover uns vorgenommen, das Thema ‚Drohnen‘ in den Mittelpunkt unserer Aktivitäten zu stellen. Die war innerhalb der ‚Drohnen-Kampagne‘ und verschiedener Friedens- bzw. antimilitaristischen Gruppen so abgesprochen. Wir wollten das Thema, nachdem es auf ‚Hoch- und Staatseben‘ abgeschlossen zu sein schien, weiterhin als wichtigen Bereich in Bezug auf eine Verschärfung von Kampfmitteln im Krieg, die völkerrechtlich illegal sind und die Schwelle zu ‚machbaren Kriegen senken, in die Gesellschaft tragen. Die ‚Beschaffungsproblematik‘ des ‚Verteidigungsminister‘, die in den Medien fast ausschließlich diskutiert wurde, sahen und sehen wir als das geringste Problem.

Aber dann spitzte sich die Situation in Bezug auf Syrien dermaßen zu, dass wir befürchteten, mit Aktionen gegen einen kriegerischen Angriff auf Syrien schon zu spät zu kommen.

Regelmäßige Termine des Friedensbüro Hannover

Friedenspolitischer Arbeitskreis an jedem 1. Dienstag im Monat 19 Uhr im Kargah, Zur Bettfedernfabrik 1 (Hannover, FAUST-Gelände)

Aktiventreffen an jedem 3. Mittwoch im Monat um 19 Uhr in Hannover im Haus der Jugend, Maschstr.

Friedenspolitischer Stammtisch an jedem 4. Freitag im Monat um 19 Uhr im Café K, Hannover Linden; Pariser Platz

Impressum/Hinweise

Leider können sich Termine ändern oder verschieben. Aktuelle Informationen finden sich unter www.friedensbuero-hannover.de.



Dieser Newsletter wird herausgegeben vom Friedensbüro Hannover und der DFG-VK Hannover. Kritik, Hinweise und Vorschläge bitte an newsletter@frieden-hannover.de

Wir organisierten sehr kurzfristig eine kleine Demonstration mit anschließender Mahnwache vor dem Bahnhof. Zu unserer Erleichterung nahmen das Thema ‚Syrien‘ und die warnenden Worte vor einem kriegerischen Angriff von außen auch einen deutlichen Schwerpunkt in der Rede von Steffen Holz (DGB) und dem Hauptredner Reiner Braun (IALANA) bei der Kundgebung in der zerstörten Ägidienkirche ein. Unserer Bitte, uns nach der Mahnwache zum Trammplatz zu begleiten, um dort der ermordeten Deserteure zu gedenken, kamen zahlreiche Teilnehmer_innen nach. Auf dem Trammplatz waren wir nach dem Deserteursgedenken ungefähr 50 Menschen, die von dort über den Kröpcke zum Bahnhof demonstrierten. Eine Veranstaltung der ‚Linken‘ auf dem Kröpcke zum Thema ‚Krieg und Frieden‘ ließ uns kurz innehalten. Leider ‚verloren‘ wir dann einige Demonstrant_innen, weil das Ziel: ‚Mahnwache am Hauptbahnhof‘ nicht deutlich genug bei allen angekommen war.

Dennoch haben wir die Mahnwache am Bahnhof durchgeführt und unsere Flugblätter verteilt. Mit diesem Aufruf an unsere Bundesregierung und alle Staaten der Welt plädieren wir, das Leid in Syrien nicht durch einen kriegerischen Angriff noch zu vergrößern.

Inzwischen gibt es wieder Verhandlungen und vielleicht die Möglichkeit, in Syrien zu einem inneren und äußeren Frieden zu finden. Wir begrüßen das sehr und werden den Prozess kritisch verfolgen und ggf. wieder zu öffentlicher Stellungnahme auffordern.

Von Krieg zu Krieg - Spuren des Militarismus in der Region Hannover vom 19. Jahrhundert bis heute, so lautet eine am 17.09 in den ver.di Höfen Hannover eröffnete Ausstellung. Vor etwa 40 Gästen präsentierte der AK Regionalgeschichte aus Wunstorf seine neueste Ausstellung. Auf 19 Tafeln wird ein



Rundkurs durch Hannoveraner Geschichte geboten. Angefangen bei der Sichtbarmachung von Kriegerdenkmälern im Raum Hannover – die Veranstalterinnen sprechen von mindestens 180! – folgt ein historischer

Abriss. Angefangen bei der Monarchie werden neben der Darstellung geläufiger Namen und ihrer weniger bekannten Biographien, die sich auch heute noch im Straßenbild Hannover befinden wie Waldersee, Lettow-Vorbeck und Peters auch die kaum diskutierte deutsche Kolonialgeschichte betrachtet. Weiter geht es mit Weimarer Republik und ihrer revisionistisch geprägten Denkmalwelt und dem Nationalsozialismus. Allein die Ausstellung bleibt nicht historisch. Über die Bonner Republik wird auch die Berliner Republik und dabei insbesondere der Fliegerhorst Wunstorf mit seiner ungebrochenen militaristischen Geschichte bis heute betrachtet.



Die Ausstellung lädt ein, tiefer nachzuforschen und nachzulesen. Sie überrascht mit Bildern, die kaum hinterfragte Selbstverständlichkeiten in den Blick nehmen und regt an, den offenen und versteckten Militarismus im Hannoveraner Stadtbild zu reflektieren.

Die Ausstellung ist noch bis Freitag, 20.12. 2013 in den Ver.di-Höfen, Veranstaltungszentrum Rotation Gosseriede 10, 30159 Hannover zu sehen.

Die Pöhlands im Krieg

Briefe einer sozialdemokratischen Bremer Arbeiterfamilie aus dem Ersten Weltkrieg

Lesung mit dem Schauspieler Rolf Becker

Die Briefe stammen aus dem Nachlass der Eheleute Anna und Robert Pöhland aus Bremen. Seit Robert Pöhland im Frühjahr 1915 eingezogen und an die Front in Frankreich geschickt worden war, schrieben sich die beiden fast täglich, bis er im Oktober 1916 fiel. Die Korrespondenz ist proletarische Widerstandsliteratur gegen den Krieg und schildert eindrucksvoll den Alltag mit all seinen Gefahren an der Front und seinen Nöten in der

Heimat. Sie berührt aber auch Themen wie Kunst und Literatur, humane Kindererziehung, Gleichberechtigung von Frau und Mann und sozialistische Zukunftsvorstellungen. Sie vermittelt ein lebendiges Bild vom geistigen und emotionalen Reichtum, von Leben und Denken einer aufgeklärten und politisch bewussten Arbeiterfamilie im Ersten Weltkrieg und in der Vorkriegszeit.

Eine Veranstaltung im Rahmen der Ausstellung „Von Krieg zu Krieg zu Krieg – Spuren des Militarismus in der Region Hannover vom 19. Jahrhundert bis heute“

Matinee: Sonntag, 13.10.2013, 11 Uhr (Einlass 10Uhr)

Eintritt: 6 €, ermäßigt: 4 €

Vorverkauf am Infopoint bei Ver.di oder an der Morgenkasse Ver.di-Höfe, Veranstaltungszentrum Rotation, Großer Saal Goseriende 10, 30159 Hannover

„Besonders stark brennt das Judenviertel ...“ –

Der Angriff auf Polen, die deutsche Luftwaffe und der Holocaust



Illustrierter Vortrag von Hubert Brieden anlässlich des 75. Jahrestages der Pogromnacht

Am 1. September 1939 begann mit dem Angriff auf Polen der Zweite Weltkrieg. Wesentlichen Anteil am Erfolg dieses ersten „Blitzkrieges“ hatte die Luftwaffe. Auch Kampfflugzeuge des Geschwaders 27 Boelcke von den Fliegerhorsten Wunstorf, Langenhagen und Delmenhorst starteten voll beladen mit Bomben nach Warschau. Neben militärischen Zielen wurden auch Wohnviertel angegriffen. Doch nicht nur das: Deutsche Bomberbesatzungen, auch aus dem Geschwader Boelcke, flogen gezielt Angriffe mit Brand- und Sprengbomben gegen jüdische Stadtviertel. Im Vortrag geht es um den Zusammenhang von Krieg und Holocaust und ein bis heute verschwiegenes Kapitel sowohl der Militär- als auch der Regionalgeschichte.

Eine Veranstaltung im Rahmen der Ausstellung „Von Krieg zu Krieg zu Krieg – Spuren des Militarismus in der Region Hannover vom 19. Jahrhundert bis heute“

Mittwoch, 23.10.2013, 19 Uhr Ver.di-Höfe, Veranstaltungszentrum Rotation, Saal 3 Goseriende 10, 30159 Hannover

Lesung und Diskussion mit Jürgen Grässlin: "Schwarzbuch Waffenhandel: Wie Deutschland am Krieg verdient"

Sehr viele unserer Politiker_innen beschwören in Sonntagsreden den Frieden und unterstützen zugleich mit ihren Entscheidungen im politischen Alltag tatsächlich nichts anderes als Krieg, Gewalt und Terror: Deutschland ist der weltweit drittgrößte Waffenexporteur – und schreckt vor Lieferungen an verbrecherische Regime und Diktatoren nicht zurück.

Zu diesem beinahe schon alltäglich gewordenen Menetekel können ihn an diesem Abend Jürgen Grässlin als Gast in Hannover begrüßen.

Jürgen Grässlin verfolgt und kritisiert die Entwicklungen deutscher Waffen- und Kriegsgeräteproduktion und ihren Export seit vielen Jahren auf profunde Art und Weise. 2009 wurde Grässlin mit dem "Preis für Zivilcourage" der Solbach-Freise-Stiftung und 2011 mit dem "Aachener Friedenspreis" ausgezeichnet. Die von ihm mitbegründete Aufschrei-Kampagne erhielt 2012 den Stuttgarter Friedenspreis zugesprochen.

In seinem neu erschienenen Buch "Schwarzbuch Waffenhandel: Wie Deutschland am Krieg verdient" deckt er auf, wer die Profiteure dieser Kriegswirtschaft sind, er nennt Industrieunternehmen beim Namen, er zeigt, wer in der Politik die Exporte genehmigt und wie die Banken das alles finanzieren.

Aus diesem Buch wird Jürgen Grässlin lesen, anschließend soll Zeit für Diskussion und Gespräche sein.

Das Friedensbüro Hannover e.V. lädt alle Interessierten herzlich zu dieser Veranstaltung ein. Der Eintritt ist frei.

Donnerstag, den 31. 10.2013 um 19:30 Uhr Ver.di-Höfe, Veranstaltungszentrum Rotation, Saal 3 Goseriende 10, 30159 Hannover

2,8 milliarden euro für den airbus a400m – und wie viel für die neue militär-drehscheibe hannover-wunstorf? Ein Beitrag von Michael Ebeling (devianzen.de)



dem in der direkten nähe von hannover befindlichen luftwaffen-stützpunkt der "bundeswehr", in wunstorf, wird seit einigen jahren die neue lufttransport-drehscheibe für deutsche und nato-armeen aus- und aufgebaut. dort sollen u.a. alle derzeit neu angeschafften a400m-militärtransportflugzeuge stationiert werden. doch hat dieser ort auch eine besondere geschichte.

blick zurück – war da was?

dieser stützpunkt besitzt eine tragische vergangenheit, hat er doch seiner gründung im frühjahr 1934 tiefbraune wurzeln. ab 1936 galt der flughafen dem nationalsozialistischen deutschland ganz offiziell als "fliegerhorst", wunstorf wurde zur "garnisonsstadt" erklärt – beides begriffe, die heute mit zunehmender beliebtheit von den obersten der "bundeswehr" wieder in den mund genommen werden.

in wunstorf wurde das "kampfgeschwader boelcke" installiert, die mittels der "guten, alten tante ju", also der ju-52 schon lange vor kriegsbeginn das faschistische franco-regime spaniens stützte und zum erfolg verhalf.

nur wenig später, im april 1937, waren die wunstorfer kampfflieger als teil der "legion condor" wesentlich an der vernichtenden bombardierung guernikas beteiligt und erprobten bombenwurf-taktiken, um diese erfahrungen dann im folgenden zweiten weltkrieg zur zerstörung von polnischen städten "erfolgreich" umzusetzen – mitunter wurden ausdrücklich die

zivilen stadtteile mit besonders vielen bewohnern jüdischen glaubens bombardiert ...

traditionspflege besonderer art

das ist lange her und während die stadt wunstorf nach jahrzehntelangem wegschauen langsam damit beginnt, diese historischen zusammenhänge anzusehen und öffentlich anzunehmen (und das auch nur nach langjähriger und beharrlicher arbeit des hiesigen arbeitskreises regionalgeschichte gegen vielfache widerstände und ignoranz!) meint man bei der "bundeswehr", diese tradition auch weiterhin ausblenden zu können. verehrt wird nicht nur die "tante ju" in äußerst einseitiger weise, auch das wappen der luftwaffeneinheit wurde vom kampfgeschwader der nazis inhaltlich einfach übernommen.

und heute?

der "fliegerhorst" hannover-wunstorf befindet sich im wesentlichen außerhalb jeglicher öffentlicher wahrnehmung. dabei wird dieser flugplatz mit zwei start- und landebahnen seit wenigen jahren zur bedeutsamen logistischen transportdrehscheibe des militärs ausgebaut.

die derzeit sich im bau befindlichen neuen militärtransportflugzeuge airbus 400 m ("a400m") stehen für ein weiteres, höchst umstrittenes anschaffungsprojekt der deutschen armee, das eventuell mehr der deutschen oder eu-europäischen rüstungsindustrie dient denn irgendeinem anderen vernünftigen sinn. mag man darüber noch streiten können – klar ist, dass alle von der "bundeswehr" bestellten a400m-flugzeuge an genau einem standort stationiert werden sollen, nämlich in hannover-wunstorf.

dort befindet sich die derzeit größte militär-baustelle deutschlands: errichtung einer umfangreichen logistik, verlängerung einer der beiden start- und landebahnen und ausrüstung mit technischen equipment, über die keine genaueren angaben zu finden sind.

frage und antwort

das alles war für mich grundlage einer ifg-anfrage an das bundesverteidigungsministerium. heute habe ich ein paar antworten erhalten – von den 24 fragen hat man auf 10 fragen reagiert. alles weitere wäre nicht mehr kostenlos, so die antwort aus bonn.

hier die ersten ergebnisse in kurzform: die
"bundeswehr" hat insgesamt 53 stück a400m bestellt

- jedes flugzeug soll ca. 96 millionen euro (!) kosten – stand: juli 1998 (!!)
- insgesamt wurden bis zum juli 2013 schon gut 2,8 milliarden euro für entwicklung und einkauf des a400m ausgegeben (!)
- das erste serienflugzeug soll im november 2014 in hannover-wunstorf eintreffen, das letzte im januar 2020
- auf dem flughafen sollen auch andere transport- und kampfflugzeuge starten und landen
- ca. 1.820 angehörige der "bundeswehr" arbeiten/leben auf dem stützpunkt hannover-wunstorf – zu angaben von truppenstärken aus anderen ländern und zivilen angestellten keine angaben
- man meint noch gar nicht sagen können, was die bereits angelieferten und in betrieb genommenen beiden a400m-simulatoren gekostet haben ... o_o
- an den simulatoren sollen pro jahr ca. 200 deutsche und 24 französische piloten ausgebildet werden



der angegebenen stückpreis basiert auf 15 jahre alten kalkulationen. schon jetzt wurden umgerechnet 53 millionen euro pro maschine ausgegeben, ohne dass auch nur eine einzige davon geliefert worden ist – ich glaube nicht daran, dass der alte stückpreis in irgendeiner form zu halten sein wird. aber um diese frage hat sich das verteidigungsministerium herum gedrückt, wenn es hier mit so seltsam zeitlich verschobenen informationen daherkommt. mal weiter nachfragen? :)

Strafanzeige für Aufkleber und „Ortsbeleidigung“

Die Polizei hat 2 Strafverfahren gegen den Politischen Geschäftsführer der DFG-VK Monty Schädel eingeleitet. Zum einen wird ihm vorgeworfen, nicht verhindert zu haben, dass Aufkleber gegen die Truppenpräsenz in Afghanistan geklebt wurden, andererseits wird ihm die Beleidigung des Gefechtsübungszentrums Heer Gardelegen vorgeworfen. Wohlgermerkt nicht der Bundeswehr, des Präsidenten oder sonstwem sondern Beleidigung eines Geländes. Bemerkenswert. Wir dokumentieren im Folgenden die Pressemitteilung. Mehr Informationen unter www.dfg-vk.de

PM: Polizei verfolgt Kriegsgegner anstelle Kriegstreiber und Kriegstäter

Mit erneuter polizeilicher Kriminalisierung von Widerstand gegen Krieg und Kriegsvorbereitung sieht sich der Politische Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Monty Schädel konfrontiert. Gleich zweimal erhielt er in den vergangenen Tagen Post von der Polizei, die ihn über gegen ihn laufende Ermittlungen informierte und Auskunft haben wollte.

Während sich das erste Verfahren der Polizei in Stuttgart bereits seit wenigen Wochen u.a. dadurch ankündigte, dass Beamte in der DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle persönlich vorstellig wurden Auskunft zu persönlichen Daten des Politischen Geschäftsführers aus der Mitgliederdatei des Verbandes haben wollten, überraschte die Polizei in Sachsen-Anhalt mit einem Verfahren „wegen Beleidigung zum Nachteil des Gefechtsübungszentrum Heer Gardelegen“.

Beide Verfahren machen für Schädel deutlich, dass Protest gegen den Krieg im Allgemeinen und die Beteiligung der Bundeswehr daran im Besonderen in der Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin der staatlichen Kriminalisierung unterliegt. „Während durch die Bundesregierung und andere Teile der Politik sowie des Militärs der seit einem Jahrzehnt permanent andauernde Krieg unter Beteiligung der Bundeswehr kolonialistisch als Schutzmaßnahme verharmlost wird oder gar humanitäre Anstriche bekommt, werden KriegsgegnerInnen in ihren

Grundrechten eingeschränkt, verfolgt und kriminalisiert.“

Ordnungswidrigkeit Aufkleber



Im Ermittlungsverfahren der Polizei Stuttgart wird Schädel vorgeworfen, „nicht verhindert zu haben, dass in Stuttgart-Bad Cannstatt verbotswidrig selbstklebende Aufkleber angebracht worden sind“, für deren Inhalt er als DFG-VK-Geschäftsführer verantwortlich sei. Dabei handelt es sich um einen seit fünf Jahren vertriebenen Aufkleber "Truppen raus aus Afghanistan" in der Größe einer Zigarettenschachtel. „Es ist schon interessant woran sich die Polizei in Zeiten stört, während bundesweit die Städte und Dörfer mit Selbstdarstellungen von PolitikerInnen zu Wahlkampfzwecken zugeklebt werden und Bundeswehrsoldaten Lufteinsätze in Afghanistan anfordern“ kommentierte Monty Schädel. „Während kommerzielle Werbung über all im Stadtgebiet präsent sei, Konzerne für Zigarettenskippen genau sowenig belangt werden wie Verlage für umherfliegende Zeitungsblätter, sollen Kriegsgegner Aufkleber abmachen, die sie nachweislich gar nicht geklebt haben.“ Nach Ansicht der DFG-VK soll mit diesem Verfahren Kritik am Krieg und eine Organisation aktiver KriegsgegnerInnen kriminalisiert werden.

Beleidigung des Gefechtsübungszentrum Altmark

Im Ermittlungsverfahren der „Beleidigung zum Nachteil des Gefechtsübungszentrum Herr Gardelegen“ werden Monty Schädel nach jetzigem Erkenntnisstand Aussagen einer Pressemitteilung der DFG-VK vom 24.07.2013 vorgeworfen. Zu dem

Zeitpunkt hatten ca. 250 KriegsgegnerInnen aus mehreren Ländern ein Camp in unmittelbarer Nähe des von der Bundeswehr und anderen Armeen genutzten Gefechtsübungszentrum aufgebaut. Zu den Aktiven gehörte auch die DFG-VK. Mit dem WARSTARTS-HERE-CAMP wollten die KriegsgegnerInnen darauf aufmerksam machen, dass auf Europas modernsten Truppenübungsplatz in der Altmark der Krieg trainiert und vorbereitet wird. Allein aus diesem Grund wird eine ganze Stadt namens Schnöggersburg mit der dazugehörigen Infrastruktur errichtet. Soldaten sollen dort auf den Häuser und Straßenkampf vorbereitet werden.

Schädel hatte damals vor dem Hintergrund, dass ein Großaufgebot der Polizei die Grundrechte auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit versuchte einzuschränken gefordert, dass die Polizei nicht gegen KriegsgegnerInnen sondern gegen die NutzerInnen des Truppenübungsplatzes vorgehen sollte. Wörtlich sagte er damals und bekräftigt es heute: „Anstatt KriegsgegnerInnen zu kriminalisieren, sollte die Polizei vielmehr das Training zum Mord und Totschlag auf dem GÜZ unterbinden und die Krieg treibenden SoldatInnen verfolgen. Nicht die KriegsgegnerInnen seien das Problem, sondern diejenigen, die den Krieg trainieren und diejenigen, die dies unter Aushebelung von Grundrechten durchsetzen.“ Das nun angestrebte Verfahren kommentierte der DFG-VK-Aktivist dahingehend, dass nunmehr die „Bundeswehr oder eine ihr nahstehende Person den Beweis antreten wollten, dass auf dem Gefechtsübungszentrum durch die Militärs nicht das Morden und Totschlagen gelehrt und gelernt wird.“ Er freue sich bereits darauf diese Argumentationslinie des „Soldatenhandwerks“ kennen zu lernen, „bei der das mörderische Handwerk von Soldaten als Wohltat für die Menschheit dargestellt und das Erlernen des Töten von Menschen sowie die Zerstörung von Infrastruktur und natürlichen Lebensgrundlagen glorifiziert wird.“ Wie sich darüber hinaus neuerdings auch ein Truppenübungsplatz beleidigt fühlen kann, wird das Verfahren dann sicher auch noch zeigen

Kriegs- und Militärgegner Schädel hat in beiden Verfahren zunächst die Aussage zum vorgeworfenen Sachverhalt verweigert. Anwaltlich wurde die Akteinsicht beantragt.